Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger
Schwerter Volkszeitung
Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung
Aplerbecker Zeitung
Langscheder Zeitung
Holzwickeder Zeitung

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. n Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Nr. 254 | Montag, 29. Oktober 1923 | 56. Jahrgang

Einzelnummer 1 Milliarde Mk.

An unsere Leser!

Auch in der vergangenen Woche ist der Bezugspreis unserer Zeitung wiederum in einer unerhörten Weise durch die Geldentwertung überholt worden. Wenn wir für unsere Zeitung einen Bezugspreis für die Woche vom 28. Oktober bis 3. November auf

4 Milliarden Papiermark

festsetzen, so ist damit noch keineswegs eine Angleichung an die zur Zeit bestehende Geldentwertung geschaffen.

Wir bitten die Bezieher, den Zeitungsträgern nur noch großes Geld zu geben. Kleinere Scheine unter 1 Million werden unter keinen Umständen mehr angenommen.

Für Abholer 3900 Millionen Mk.

Verlag der Schwerter Zeitung.

Zum Geleit.

Ein schönes Wort gilt hier und dort,
Ein gutes Wort an jedem Ort,
Ein wahres Wort pflanzt sich allmählich fort
und fort.
(Feuchtersleben.)

Neuigkeiten.

Der Aeltestenrat des Reichstages ist auf den 30. Oktober einberufen worden, um die Dispositionen für die nächste Vollsitzung des Reichstages zu treffen.

*

Der Reichstag wird wahrscheinlich nicht vor dem 6. November zusammentreten.

*

Die Reichsbank gibt eine 50-Milliarden-Note durch Ueberdruck von 5000 Mark-Scheinen heraus.

*

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß, aus den städtischen Werken drei Aktiengesellschaften zu bilden.

*

Der Gewerkschaftsring der Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände verurteilte in einer Kundgebung auf das Entschiedenste die Loslösung und die Zersplitterungsversuche einzelner Parteien.

*

Laut „Vorwärts" hat der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei folgendes Telegramm an den sozialdemokratischen Bezirksvorstand in Ludwigshafen gerichtet: Ersuchen dringend in der Pfalzfrage ein Einvernehmen mit den Koalitionsparteien herbeizuführen. Jegliche Maßnahme, die auch nur indirekt französische Rheinbundpolitik ist, ist unbedingt zu unterlassen.

•

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, stehen die Kreditverhandlungen, die die Reichsbahn durch die Vereinigte Deutsche Verkehrsbank in London seit einiger Zeit führt, nunmehr unmittelbar vor dem Abschluß.

*

Der Dortmunder Orts-Telephonverkehr soll seit Freitag abend wieder aufgenommen sein.

•

Der „Köln. Volksztg." wird aus Trier gemeldet, daß die Sonderbündler dort ein Direktorium gebildet haben.

•

Die Aachener Technische Hochschule wurde von der Rheinlandkommission wegen angeblicher Studenten-Beteiligung an Ruhestörungen vorläufig geschlossen.

Der kommandierende General in Aachen hat angeordnet, daß die hiesige Polizei ihm unterstellt ist, gemeinschaftlich mit der belgischen Gendarmerie im Interesse der Bevölkerung den Ordnungsdienst weiter versieht. Die Zeitungen dürfen nicht erscheinen.

•

In Düsseldorf wurde ein Lebensmittelgeschäft ganz ausgeplündert und zerstört.

*

Hamburg ist wieder ruhig. Auf den Werften sind die Arbeiter wieder eingestellt.

*

Bei Zusammenstößen mit der Polizei in Kiel wurde eine zwanzigjähriger Arbeiter getötet.

*

Der stellvertretende Bürgermeister Schiller von Höchst a. M., der bereits vor einigen Monaten verhaftet, dann aber wieder freigelassen worden war, ist gestern mittag ganz plötzlich ausgewiesen worden. Damit hat die Stadt Höchst ihren letzten besoldeten Beigeordneten verloren.

*

Der französische Kreisdelegierte hat angeordnet, daß sämtliche Geldtransporte von dem unbesetzten in das besetzte Gebiet, die nicht einen von ihm ausgestellten Geleitschein besitzen, der Beschlagnahme verfallen. Diese Bestimmung gilt nicht für Geldtransporte vom besetzten in unbesetzte Gebiet.

*

Die Stadt Frankfurt hat 100 Billionen für Bedürftige ausgesetzt. Mehr als die Hälfte der Frankfurter Einwohnerschaft muß jetzt öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen.

•

Von heute ab ist in München der Bierpreis um das Fünffache erhöht worden. Der Preis für ein Liter Bier beträgt jetzt zwischen 3,36 und 5,16 Milliarden Mark.

*

Die Münchener Banken haben dem städtischen Wohlfahrtsamt den Betrag von 375 Billionen M zur Verfügung gestellt zur Linderung der Not der ärmsten Bevölkerung.

*

In München ist an den Folgen einer Operation Freiherr Ferdinand v. Trans, deutscher Generalkonsul in Innsbruck und früher Legationsrat bei der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin, 46 Jahre alt, gestorben.

*

In Laken (Oberbayern) ist die 84 Jahre alte Mutter eines Landwirts Reuß beim Brand seines Anwesens in den Flammen umgekommen.

*

Auf dem Jüdischen Friedhof in Gröbzig (Anhalt) zerschlugen rohe Burschen 18 Leichensteine und beschmierten die Eingangstür zur Synagoge mit Unrat. Die Uebeltäter sind bereits ermittelt.

•

In Friedrichsbrunn im Harz wurde das Hotel Grebe samt Wirtschaftsgebäuden ein Raub der Flammen. Durch Explosion einer Kohlensäureflasche wurde der beim Rettungswerk beteiligte Holzhauermeister Schröder getötet.

•

Der medizinische Nobelpreis für 1922 wurde je zur Hälfte dem Professor der Physiologie A. V. Hill-London und O. Meverhoff-Kiel verliehen, derjenige für 1923 den Professoren Banting und Macleod in Toronto.

•

Der deutsche Gesandte in Madrid überreichte am Mittwoch in feierlicher Sitzung dem Professor Basilla St. Martin das Ehrendiplom der juristischen Fakultät der Universität Rostock.

•

Havas berichtet, die französische Regierung habe Maßnahmen getroffen, um die Lieferung eines Teiles der im Ruhrgebiet beschlagnahmten Stahlvorräte nach England zu verhindern, um dem englischen Markt keine Konkurrenz zu machen.

•

Nach einer Meldung der „Agence d' Athenes" haben griechische Regierungstruppen Korinth besetzt.

Ein Ultimatum an Sachsen.

Der Reichskanzler fordert den Rücktritt der sächsischen Regierung.

Berlin, 28. Okt. Nachdem die der sächsischen Landesregierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in einem Aufruf an die sächsische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und zur Auflehnung gegen die Reichsgewalt ausgereizt haben, hat der Reichskanzler den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufgefordert, den **Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung** anerkennt. Der Reichskanzler hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er die Antwort des sächsischen Ministerpräsidenten im Laufe des morgigen Tages erwartet und hat von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, welche die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung ihrer Aufforderung sofort ergreifen wird.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten

Berlin, 28. Okt. Zur Entschließung der sächsischen Regierung wird halbamtlich bemerkt: Der Reichspräsident hat durch eine heute erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und nötigenfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort **einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen** bestellen.

Ministerialdirektor Dr. Schulz sächsischer Regierungskommissar.

TU. **Berlin,** 29. Okt. Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt: Am Montag früh wird auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten der frühere Chef der sächsischen Staatskanzlei Ministerialdirektor Dr. Schulz zum Regierungskommissar für Sachsen ernannt werden. Er ist bekanntlich vor vier Wochen durch den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner zugunsten des jetzigen sächsischen Staatskommissars Brandler seines Amtes enthoben worden.

Sachsen lehnt ab.

Dresden, 28. Okt. In später Abendstunde wird dem WTB. aus der Staatskanzlei gemeldet: Die **sächsische Regierung lehnt das Ansinnen des Kanzlers, zurückzutreten, entschieden ab.** Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzuberufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber alsbald im Landtage eine Entscheidung hierüber führen.

Die Vertrauensfrage Zeigners an den Landtag.

TU. **Berlin,** 29. Okt. Die sächsische Regierung wird in der Sitzung des sächsischen Landtages am Dienstag, den 30. Okt., eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob sie noch das Vertrauen des Landtages besitzt.

Beamte der sächsischen Regierung verhaftet.

Energisches Vorgehen des Wehrkreis-Kommandos.

Dresden, 27. Okt. Wegen Verhängung der Schutzhaft über mehrere Beamte der sächsischen Regierung durch das Wehrkreiskommando ist zwischen dem Zivilkommissar und dem Militärbefehlshaber ein Konflikt entstanden. Der Zivilkommissar verlangt, daß ihm derartige Haftbefehle vorgelegt werden, während der Militärbefehlshaber erklärt, daß Haussuchungen und Schutzhaftbefehle allgemeine Anordnungen seien, auf die dem Zivilkommissar keinerlei Einfluß eingeräumt sei. Darauf ist nun gestern der Zivilkommissar Meier nach Berlin gefahren, um eine Klarstellung bei den zuständigen Reichsministerien über die Befugnisse des Zivilkommissars herbeizuführen.

Die Reichswehr in Sachsen.

Berlin, 27. Okt. Blättermeldungen aus Dresden zufolge sind von der Reichswehr mehrere Regierungskommissare in Schutzhaft genommen worden, darunter der Chef der politischen Polizei, Regierungsrat Hause, Polizeihauptmann Reitzel und mehrere Beamte der politischen Polizei. Regierungsrat Hause wird beschuldigt, eine von der Reichswehr beabsichtigte Waffenbeschlagnahme durch vorherige Benachrichtigung der Waffenbesitzer vereitelt zu haben. Ministerpräsident Zeigner teilte gestern im Landtage die erwähnten Verhaftungen mit und fügte hinzu, daß das Wehrkreiskommando auch mehrere Beamte abgesetzt habe, darunter den Landtagsabgeordneten Schneller in Annaberg. Der Ministerpräsident, der das Wehrkreiskommando beschuldigte, seine Kompetenzen überschritten zu haben, sprach die Befürchtung aus, daß schließlich sogar auch die Spitzen der Regierung der Verhaftung ausgesetzt seien. Regierungsrat Schmeier, dem die Haftbefehle nicht zur Genehmigung vorgelegt waren, sei nach Berlin gefahren, um sich zu beschweren. In Pirna ist es gestern zu einem neuerlichen Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Demonstranten gekommen. Vier Personen wurden verletzt.

23 Aufrührer erschossen.

Dresden, 28. Okt. In Freiberg kam es heute zu ernsten Zusammenstößen zwischen radikalen Elementen und der Reichswehr. Als die Truppen Ansammlungen zerstreuten und vier von der Menge bedrängte Soldaten befreiten, wurden sie mit Steinen beworfen und beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet. Hierauf machte die Reichswehr von der Schußwaffe Gebrauch. Nach bisher vorliegenden Nachrichten wurden 12 bis 13 Unruhestifter erschossen, gegen 20 verwundet.

Dresden, 28. Okt. Zu den bereits mitgeteilten Straßenkämpfen in Freiberg wird noch ergänzend berichtet: In der Nacht wurden von den Aufrührern über die Zäune der Kaserne Handgranaten geworfen und zahlreiche Schüsse fielen. Nach den amtlichen Feststellungen sind bei der Reichswehr zwei Mann schwer, einer leicht verletzt. Von den Aufrührern und Mitläufern sind 23 tot; 31 Verwundete wurden bisher in das Krankenhaus eingeliefert. Es wurde festgestellt, daß bei den Vorgängen am Nachmittag des 27. Oktober die angreifende Menge durchaus planmäßig vorgegangen ist. Eine ganze Reihe von Personen, die bei den letzten Erwerbslosendemonstrationen eine führende Rolle gespielt haben, waren bei diesem Zusammenstoß beteiligt. Zweifelhafte auswärtige Elemente sollen in großer Zahl die Aufwiegler gespielt haben. Ueber das Verhalten der Reichswehr während der Kämpfe in Freiberg bestätigen durchaus sachliche Beobachter, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz wüstester Beschimpfungen durch die Menge bis zum Aeußersten ging.

Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr verlangt

TU. **Berlin,** 27. Okt. Im Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefaßten Entschließung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen.

Das Reichskabinett.

TU. **Berlin,** 27. Okt. Die Reichsminister traten am Freitag abend zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage unter besonderer Berücksichtigung von Ruhr und Rhein zusammen. Der Reichskanzler und die Reichsminister, die die Besprechung in Hagen geführt hatten, erstatteten Bericht über ihre Eindrücke und die Ergebnisse der Reise nach Hagen. Der Reichskanzler und die Minister ließen keinen Zweifel darüber, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung besonders des Ruhrgebietes, die sich in Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit ausdrückt, zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt.

In den nächsten Tagen das neue Geld?

Berlin, 27. Okt. Heute sind die ersten Zwischenscheine der Goldanleihe, lautend über einen halben, einen viertel und zehntel Dollar, dem Verkehr zugeleitet worden. In den nächsten Tagen wird der Druck in erhöhtem Umfang fortgesetzt. Gleichzeitig wird mit der Herstellung der endgültigen Stücke von einem halben, viertel und zehntel Dollar begonnen und mit dem der Rentenmarkscheine sowie der Goldanleihestücke von 1, 2 und 5 Dollar fortgefahren. Es kann also erwartet werden, daß binnen kurzem für den Verkehr die genügende Menge von wertbeständigen Zahlungsmitteln zur Verfügung stehen wird.

Amtlich wird ferner mitgeteilt, daß mit der Prägung der Münzen für die Rentenbank begonnen ist. Es werden geschaffen: 1, 2, 5 und 50 Pfennigstücke. Im übrigen sind alle Vorbereitungen getroffen, damit die Rentenbank ihre praktische Tätigkeit aufnehmen kann. Die Arbeiten für die Goldnotenbank werden mit großer Beschleunigung durchgeführt.

Wertbeständige Löhne.

Berlin, 27. Okt. Mit dem Erscheinen der wertbeständigen Zahlungsmittel im Verkehr sollen selbstverständlich auch die Löhne und die Gehälter auf die neuen Zahlungsmittel umgestellt werden. Der ADA-Bund verlangte schon, daß die Angestellten von jetzt an nur noch in wertbeständigen Zahlungsmitteln entlohnt würden. Etwas weniger durchgreifend geht der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund vor, der die Bezahlung der Arbeiter in wertbeständigem Geld nur nach Maßgabe der vorhandenen Zahlungsmittel und grundsätzlich einstweilen nur die Lohnberechnung auf Goldgrundlage fordert. Der Reichsarbeitsminister ist der Ansicht, daß die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel auch den Arbeitern und Angestellten zugute kommen muß. Die Umstellung könne aber nur mit einem Teile des Lohnes beginnen und entsprechend der Zunahme der wertbeständigen Zahlungsmittel möglichst schnell auf die ganzen Löhne ausgedehnt werden. Zu einer Rücksprache über die zur Umstellung erforderlichen Schritte hat der Reichsarbeitsminister die Spitzengewerkschaften auf Montag eingeladen.

Wertbeständiges Lohngeld in Hannover

Für die Provinz Hannover wird in den nächsten Tagen ein wertbeständiges Zahlungsmittel herauskommen, das auf dem Grundbesitz der Provinz und der Klosterkammer aufgebaut ist. Die Landeskreditanstalt wird ein wertbeständiges Notgeld in kleinen Stücken, ein sogenanntes Roggengeld, herausgeben. Dieses Geld soll lauten auf den Wert von 5, 10, 20, 50 und 10 Pfd. Roggen und eine beschränkte Umlaufsfrist etwa bis Anfang Januar haben. Die neuen Roggenscheine sind bereits gedruckt.

Wertbeständiges Geld in Bremen.

Der bremische Staat hat die erforderlichen Maßnahmen zur sofortigen Aufnahme von wertbeständigen Umlaufsmitteln getroffen. Die neuen bremischen Umlaufsmittel haben die Währung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Grundlage.

Hamburgisches Vollgeld.

Die in Hamburg erfolgten Bemühungen, wertbeständige Zahlungsmittel unter großer Beschleunigung zu schaffen, haben ebenfalls schnell zu glücklicher Lösung geführt. Von 50 Firmen wurden bereits je 5000 Pfund Sterling, somit zusammen 250 000 Pfund gezeichnet. Die gegen Deviseneinlieferung auszugebenden Goldgutscheine sollen bis zu 10 und 5 Cents herab gestückelt werden, um damit ein handliches Geldzeichen zu schaffen, das von gewerblichen Unternehmungen zu Lohnzahlungen verwandt werden kann. Um der an sich naheliegenden Wahrscheinlichkeit der Hamsterung der Goldgutscheine zu begegnen, soll im voraus erklärt werden, daß die Scheine jederzeit aufgerufen und durch Neudrucke ersetzt werden können.

Wertbeständiges Bayern-Geld.

Wie verlautet, wird auch Bayern schon in den allernächsten Tagen mit einem wertbeständigen Zahlungsmittel hervortreten, das vor allem der Lebensmittelbeschaffung dienen soll. Es ist zu hoffen, daß die Landwirtschaft die Bedeutung dieser Maßnahme richtig erfaßt und durch Vertrauen in das neue Papier zur Linderung der großen Not beiträgt.

Der abgesagte Streik der Berliner Buchdrucker.

Berlin, 27. Okt. Die Streikleitung der Berliner Buchdrucker erläßt in einem Aufruf, den der „Vorwärts" veröffentlicht: Der Versuch der Streikleitung, die Instanzen der graphischen Organisationen zur Sanktionierung des Streikes zu bewegen, sei gescheitert. Die Spitzenkörperschaften seien der Auffassung, daß die Aktion zur Stunde erfolglos sein werde. Der Aktionsausschuß der Gewerkschaften erklärte, im Augenblick bei der Arbeit zu sein, um für die Arbeiterschaft bei der Regierung eine Besserung der allgemeinen Lage herbeizuführen. Nachdem weiter einzelne Personen der Minorität direkt zur Sabotage des Funktionärbeschlusses aufgefordert hätten und die Fraktionsleiter der Sozialdemokratischen Partei die Erklärung abgab, daß sich seine Fraktion dem Streikbeschluß nicht füge, sieht sich die Streikleitung außerstande, den Streik zu proklamieren und fordert die Instanzen der Organisationen auf, zum Samstag eine neue Funktionärversammlung einzuberufen. Damit ist der Streikausbruch vorläufig verhindert.

Urteil im Küstriner-Putsch!

Kottbus, 27. Okt. Das außerordentliche Kriegsgericht verkündete gegen 11 Uhr heute vormittag das Urteil in dem Prozeß gegen 14 wegen der Küstriner Vorgänge am 1. und 2. Oktober des Hochverrats Angeklagten. Das Urteil lautete wegen Hochverrats gegen Major a. D. Buchrucker auf 15 Jahre Festungshaft und 100 Milliarden Geldstrafe. Alle übrigen Angeklagten wurden wegen Beihilfe und Nötigung verurteilt und zwar: der Major a. D. Herzer zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, der Oberleutnant Peter Voigt zu 6 Monaten Gefängnis, der Kaufmann Haim zu 8 Monaten Gefängnis, der Zahnarzt Herbert Fliege zu 5 Monaten Gefängnis, der Kandidat der Chemie Eckhard Reichel zu Monaten Gefängnis, ferner der Oberleutnant Georg Walter Stobbe, Oberleutnant zur See Frank und der Kaufmann Wojchinski zu 3 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Landwirt Kühn, Landwirt Burchardt wurden freigesprochen. Den Verurteilten wurden drei Wochen der Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Gegen Buchrucker und Herzer wurde der bestehende Haftbefehl aufrecht erhalten. Die übrigen Angeklagten wurden unter Aufhebung des Haftbefehls auf freien Fuß gesetzt. Die Kosten des Verfahrens trägt die Reichskasse, soweit die Angeklagten freigesprochen sind. Bei der Verlesung des Urteils wurde die Oeffentlichkeit auf Antrag der Anklagebehörde und der Verteidigung ausgeschlossen.

Verschleierte Annexionsgelüste!

Die Franzosen verfolgen in der Pfalz ganz besondere Absichten. Sie wollen die Pfalz, ähnlich wie das Saargebiet in ein enges Verhältnis zu Frankreich bringen. In der Gegend von Landau wird eifrig für einen Plan geworben, den Anschluß der Pfalz an Lothringen herbeizuführen. Ohne Zweifel ist die Lage ernst. Die Haltung der Reichsregierung und der entschiedene Einspruch der sozialdemokratischen Parteileitung in Berlin hat die pfälzischen Sozialdemokraten zu einer Aenderung ihrer Haltung veranlaßt.

Eine Erklärung der Pfälzer Sozialdemokratie.

Heidelberg, 27. Okt. Gestern vormittag hat in Mannheim eine Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes stattgefunden, in der beschlußgemäß unter anderem folgendes ausgesprochen wurde:

Als Protest gegen den bayerischen Verfassungsbruch und zum Schutze gegen die drohende bündlerische Gefahr kam die Leitung der pfälzischen sozialdemokratischen Partei zu dem Entschluß, aus der Pfalz einen selbständigen Staat im Staatsverband des deutschen Reiches zu machen. Nachdem die Absicht der sozialdemokratischen Partei in verschiedenen Kreisen der Pfalz Widerstand gefunden hat, und nachdem die Reichsregierung die Abtrennung der Pfalz unter Verbleiben im Reichsverbande nicht anerkannt hat, für die Sozialdemokratie aber keine Abtrennung der Pfalz von Bayern außerhalb des Reiches in Frage kommt, sieht sie von der Durchführung ihres Vorhabens ab. Die Verantwortung für die kommenden Ereignisse muß sie allerdings den Parteien überlassen.

Verhaftung des Separatistenhäuptlings

Neuß, 27. Okt. Im Laufe der vergangenen Nacht wurde der „Oberbefehlshaber der separatistischen Rheinarmee", Leitner, der sich mit einem Begleiter im Auto auf der Durchreise von Duisburg nach Düren befand, hier festgenommen. In seinem Besitz wurde umfangreiches Material, das ihn des Landesverrats, sowie einer Reihe anderer Straftaten überführt, vorgefunden. Die Festgenommenen waren im Besitz von drei Pistolen und eines Säbels, der anscheinend von einem höheren Polizeibeamten herrührt.

Anweisung an den französischen und belgischen Oberkommissar.

London, 27. Okt. Einer Meldung des Sonderberichterstatters der „Times" zufolge verlautet, daß strikte Anweisungen bei den französischen und belgischen Oberkommissaren eingegangen seien, daß sie auf der heutigen Sitzung der Oberkommission formell die Urheber des separatistischen Putsches als legale Regierung im Rheinland anerkennen sollen. Lord Kilmarnock werde, wie es heiße, einen scharfen Protest namens der britischen Regierung gegen eine derartige Verletzung des Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens erheben.

England und Deutschland.

Eine hochbedeutsame Rede Baldwins.

London, 27. Okt. Der englische Ministerpräsident Baldwin hat in Plymouth eine Rede gehalten, die geeignet ist, Aufsehen in der Welt zu erregen. Er legt darin zunächst eine neue Konferenz an, indem er sagt:

Die Regierung S. M. steht auf dem Standpunkt, daß eine Politik der Konferenzen wünschenswert ist und Aussicht auf Erfolg besteht. Wir haben gute Gründe zu der Annahme, daß diese Politik nach dem Ende des passiven Widerstandes an der Ruhr in bester Weise fortgesetzt werden kann.

In Hinblick auf die Vereinigten Staaten fuhr Baldwin fort: Als man uns den Vorschlag des Präsidenten der amerikanischen Republik, eine mit der Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit sich zu beschäftigenden Konferenz, mitteilte, haben wir sofort rücksichtslos unsere Zustimmung bekanntgegeben. Amerika wollte jedoch an einer solchen Konferenz nur teilnehmen unter der Voraussetzung, daß sämtliche alliierten Mächte auf ihr vertreten wären. Poincaré stellt heute nahezu ganz Frankreich dar. Ich habe ihn daher seinetwegen, seines Landes wegen und auch, um vor der Welt die Verhältnisse klar zu stellen, mehrere Male gebeten, inständigst mit sich zu Rate zu gehen, ehe er meinen Vorschlag, an dieser Konferenz teilzunehmen, abschlägig beantwortet.

Deutschland muß leben bleiben.

Dann kam Baldwin auf Deutschland zu sprechen, wobei er betonte, daß seine Politik in dieser Beziehung unverändert sei. Dann aber hob er hervor:

Die Reparationen müssen von ihm bezahlt werden. Wenn es aber seine Verpflichtungen erfüllen soll, muß es imstande sein, zu zahlen. Daher ist der Wert seiner Valuta wieder herzustellen und seine Finanzen müssen beaufsichtigt und entsprechende Garantien zur Sicherung seiner Zahlung ergriffen werden. Außerdem muß die Ziffer seiner Verpflichtungen unter Berücksichtigung seiner gegenwärtigen Zahlungsfähigkeit festgesetzt werden. — Wir können einen Verfall Deutschlands nicht mit der Genugtuung ansehen, da er zur sicheren Folge hätte, daß Deutschland mehrere Jahre hindurch an der Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten verhindert wäre. Ebensowenig können wir gleichgültig die Schaffung getrennter Staaten entgegennehmen, da sie eine Verletzung des Versailler Vertrages bedeuten würden. Es ist unbegreiflich, daß im gegenwärtigen Augenblick, da sich eine Gelegenheit zu einer befriedigenden Lösung bietet, sich jemand findet, der diesem widerstrebt.

Baldwin befaßte sich dann im weiteren Verlauf seiner Rede mit der Arbeitslosenkrise in England. Baldwin wandte sich in energischer Weise gegen die von verschiedenen Sachverständigen vorgeschlagene Lösung durch eine Inflationspolitik.

Die amerikanische Antwort an Baldwin

London, 28. Okt. Das englische Außenamt hatte heute den Wortlaut der Verbalnoten ausgegeben, die zwischen London und Washington über die Teilnahme Amerikas an einer Wirtschaftskonferenz zur Lösung der Wiederherstellungsfrage ausgetauscht worden sind. In der Note vom 12. Oktober fragt Lord Curzon bei der amerikanischen Regierung an, ob Amerika immer noch bereit sei, auf Grund des Vorschlages von Staatssekretär Hughes an einer Wiederherstellungs-Konferenz teilzunehmen, wenn die Einladung dazu von allen an der Wiederherstellungsfrage interessierten verbündeten Mächten ausginge. Curzon fragte weiter, ob Amerika

---

Das Forsthaus im Teufelsgrund.

Detektiv-Roman von F. Eduard Pflüger.

72 (Nachdruck verboten.)

„Wir wollen doch lieber in die Stadt fahren und sehen, ob eine Apotheke offen ist, ich glaube, ich habe Nikotinvergiftung."

„Was ist denn das?"

„Nun, das ist ein Gift, das manchmal in Cigarren vorkommt."

„So, so, hörst Du, da kommt eben die Waldbahn, wollen wir doch so schnell wie möglich nach Hause fahren."

Breitschwert kalkulierte so: Wenn Anna noch heute die verlangten Bücher und Gegenstände nach Berlin schickte, mußte das Hauptpostamt, wo Winkelmann sie abholen ließ, scharf bewacht werden. Der Mann, der kam und W. 100 forderte, mußte, wenn es Winkelmann selbst war, verhaftet, wenn's einer seiner Genossen, verfolgt und beobachtet werden.

Jetzt galt es kein Zögern mehr, und kaum hatte sich Breitschwert von Anna verabschiedet, als er eine Droschke heranrief und nach Hause fuhr.

Es bedurfte der schärfsten Vorsichtsmaßregeln, die überhaupt möglich waren, um vor den Augen der ihn sicher beobachtenden Anarchisten seine Reise nach Berlin zu verbergen. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn er einfach Depesche gegeben hätte, daß man denjenigen Menschen, der im Hauptpostamte Briefe und Sendungen unter W. 100 forderte, verhaften, beziehungsweise beobachten solle. Dies hätte vielleicht genügt, und Breitschwert wäre auch ohne Zögern auf diesen Ausweg verfallen, wenn es sich nicht um Winkelmann und den Klub Morgenröte gehandelt hätte, Verbrecher von ganz außerordentlicher Schlauheit, die, wie er selbst, die Maßregeln vorauszusehen pflegten und sie dann vereitelten.

Er mußte selbst am Platze sein und fuhr deshalb, diesmal aber nicht in der Maske des Gepäckträgers, sondern in der eines rot geschminkten und extravagant gekleideten Engländers, der kein Deutsch verstand.

Da er den Nachtzug benutzt hatte, durfte er hoffen, zugleich mit Annas Brief in Berlin einzutreffen und die Post polizeilicherseits noch rechtzeitig benachrichtigen lassen zu können, daß W. 100 nicht eher abgegeben wurde, als bis die Beobachtung möglich war.

Es ging alles am Schnürchen.

Bei der Eröffnung der Post befand sich Breitschwert in der Uniform eines Unterbeamten hinter dem Ausgabeschalter so geschickt verdeckt, daß er leicht jeden beobachten konnte, der von Außen herantrat, um postlagernde Sendungen abzuholen, ohne selbst gesehen zu werden. Das Geschick hatte ihm eine saure Wartezeit von mehreren Stunden auferlegt, aber er hielt getreulich auf seinem Posten aus, selbst dann, als die Mittagszeit herankam und die Beamten wechselten und ging erst mit Schluß der Dienststunden ziemlich verstimmt über den Mißerfolg des ersten Wartetages, nach Hause.

Am nächsten Morgen fand er sich pünktlich wieder ein und harrte wie zuvor auf den geheimnißvollen Adressaten. Aber auch an diesem Tage kam niemand, und doch lag Annas Brief schon seit vierundzwanzig Stunden zur Abnahme bereit. Gern hätte er ihn geöffnet und gelesen, aber das durfte er nicht wagen, weil selbst die vorsichtigste Brieföffnung von einem mit dergleichen vertrauten Menschen erkannt werden kann. Und in dem Moment, wo dies geschehen war, mußte jede Bemühung, der gefährlichen Gesellschaft auf die Spur zu kommen, vergeblich sein.

Breitschwert wollte, wie es seine Art war, den Mann, der um W. 100 an den Schalter trat, nicht verhaften, sondern frei kommen und gehen lassen, damit er ihn beobachten konnte, damit er durch ihn zu dem Schlupfwinkel der Morgenröte geführt würde.

So stand er in Gedanken versunken und müde durch das peinliche Warten hinter dem geschlossenen Schalter, als dem Beamten ein Zettel hereingereicht wurde, der wie das scharfe Auge des vermeintlichen Unterbeamten erkannte, die Chiffre W. 100 trug.

Eine wilde Spannung bemächtigte sich Breitschwerts, er lugte scharf zwischen dem gemusterten Schalterfenster durch und erblickte einen ihm völlig fremden Menschen. Er sah hin und schloß die Augen, um sich das Bild möglichst genau einzuprägen und raunte dem Beamten zu, so lange zu suchen, bis er draußen im Raum des Publikums erschien.

Ob es günstig sei dem Anarchisten in der Postuniform zu folgen, oder ob es auffallen mußte, das war die Erwägung, die blitzschnell durch Breitschwerts Gehirn schoß. Aber er sagte sich mit Recht, ein Briefträger ist eine so indifferente Persönlichkeit, daß selbst ein kluger Anarchist kaum auf ihn achtet.

Breitschwert folgte unauffällig dem geheimnisvollen Adressaten und als ihn in der Königstraße ein harmloser Spaziergänger um Feuer ansprach, flüsterte er ihm zu:

„Folgen Sie mir ohne Aufsehen, da vorne das ist unser Mann."

Der Kriminalschutzmann bedankte sich höflich für das Feuer und ging ein paar Schritte lustig rauchend seiner Wege weiter, um sich dann um zudrehen, und Breitschwert auf der anderen Seite des Straßendammes zu begleiten.

Der geheimnisvolle Adressat war ein junges Bürschchen von zwei- oder dreiundzwanzig Jahren und er ging ziemlich rasch nach der Universität hin, in deren Hauptportal er verschwand.

Jetzt war es auffällig in der Postuniform zwischen den Studenten zu erscheinen und er setzte deshalb den Kriminalschutzmann auf die Fersen des Verfolgten, kehrte ruhig um und eilte nach seiner Pension, wo er sich blitzschnell umzog.

Breitschwert war ein Mann, der all und jedes Opfer zu bringen bereit war, wenn es galt, sich der Situation anzupassen, darum rasierte er sich seinen schönen Schnurrbart ab, zog einen langen schwarzen Kandidatenrock an und schritt mit einer ledernen Studentenmappe unter dem Arm ganz unbefangen nach der Universität hin. Er sah aus, wie ein Predigtamtskandidat, der im Examen stand und war selbst für gute Bekannte schwer kenntlich. Das einzige, was er nicht verbergen konnte, war das kalte Feuer seiner grauen Augen; aber er blickte zu Boden und senkte die Augenlider, so daß dieses unverwischbare Kennzeichen möglichst wenig beobachtet werden konnte.

Gerade klang die elektrische Glocke, die den Stundenschluß in der Universität anzeigt, als der freiwillige Polizist in das Vestibül der Alma mater trat. Schnell fand er den Beamten und ebenso schnell den anarchistischen Studenten. Es galt vor allem seinen Namen und seine Wohnung festzustellen und das konnte nur durch einen Universitätsbeamten geschehen, mit dem sich der Kriminalschutzmann sogleich in Verbindung setzte, und da ergab sich das überraschende Resultat, daß der Student ein Russe war und Iwan Solowiew hieß.

(Fortsetzung folgt.)

eventuell bereit sei, wieder einen Vertreter in den Wiederherstellungs-Ausschuß zu entsenden. Endlich fragt er an, ob Amerika bereit sei, falls keine Einstimmigkeit für eine Einladung Amerikas erreichbar sei, sich an einer Abschätzung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch die Mehrheit der Verbündeten zu beteiligen.

Der amerikanische Staatssekretär hat die Frage dahin beantwortet, daß der Vorschlag von vorigen Dezember immer noch aufrecht erhalten werde und daß Amerika einer Einladung aller an der Wiederherstellungsfrage interessierten Hauptmächte nachkommen werde. Die amerikanische Antwort weist darauf hin, daß die Entsendung eines Vertreters in den Wiederherstellungsausschuß der Zustimmung des Parlaments bedürfe, und daß die amerikanische Regierung sich die Entscheidung darüber vorbehalten müsse, ob sie eventuell an einer Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit teilnehmen könne, falls die Einladung ganz nicht von allen Parteien ausgehe. Grundsätzlich erachtet die amerikanische Regierung den Standpunkt, daß eine solche Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit, wenn sie nicht von allen Verbündeten vorgenommen würde, nicht als besonders zweckmäßig.

Poincaré nimmt den Vorschlag Coolidges an.

Paris, 27. Okt. In seiner Rede in Plymouth hatte gestern Baldwin Poincaré aufgefordert, er möge den Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten, eine Konferenz einzuberufen, die die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bestimmt, annehmen. Der diplomatische Berichterstatter der Agentur Havas will wissen, daß Poincaré namens der französischen Regierung in Washington bereits mitgeteilt habe, **daß er den Vorschlag annehme und daß er die Mitwirkung des amerikanischen Vertreters begrüße, aber an diese Annahme müsse er die Bedingung knüpfen, die er wiederholt ausgesprochen habe, die Wahl der Kommission dürfe dem Versailler Vertrag keinen Abbruch tun.** die Sachverständigen müßten also in voller Freiheit von der Entschädigungskommission bestimmt werdedn.

Belgien lehnt ab.

London, 27. Okt. Der belgische Geschäftsträger hat heute abend Lord Curzon mitgeteilt, daß die **belgische Regierung nicht in der Lage sei, der Einladung Englands und Amerikas zur Teilnahme an einer Wirtschaftskonferenz zu entsprechen.** Für die belgische Regierung könne nur die Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch den Wiederherstellungsausschuß in Frage kommen, dem es überlassen bleiben müsse, evtl. durch neutrale Sachverständige zu ergänzen.

London, 27. Okt. Die in England eingegangenen französischen und belgischen diplomatischen Mitteilungen über die Aufnahme der englischen Konferenz-Anregung durch die Regierungen in Paris und Brüssel lassen sich nach einer Meldung des „Daily Telegraph" dahin zusammenfassen, daß Frankreich und Belgien ihre grundsätzliche Zustimmung nur dann geben können, wenn Deutschlands Leistungsfähigkeit von einem Ausschuß geprüft wird, der im Auftrage und als untergeordnetes Organ des Wiederherstellungsausschusses eingesetzt wird. Halten Frankreich und Belgien an diesem Standpunkt fest, so wäre dadurch die Teilnahme eines Vertreters der Vereinigten Staaten ausgeschlossen, da die amerikanische Regierung in ihrer Antwortnote ausdrücklich erklärt, daß sie nicht gewillt sei, einen Vertreter in der Wiederherstellungsausschuß zu entsenden. Das Ergebnis wäre somit eine zweite Auflage des Morgan-Ausschusses, in dem ein amerikanischer Wirtschafter als Privatperson und Sachverständiger sitze, der nur ein für alle beteiligten Regierungen unverbindliches Gutachten ohne Verhandlungsvollmachten abgeben könnte.

Die Entscheidung der Entschädigungskommission vertagt.

Paris, 27. Okt. Der Präsident der Kommission und Poincaré hatten gestern eine längere Aussprache über die Berliner Note. Man glaubt zu wissen, daß die Kommission vor kommenden Dienstag nicht zusammentreten wird. Dem „Newyork Herald" zufolge dürften Franzosen und Belgier im Laufe dieser Sitzung sich noch nicht über ihre endgültige Haltung schlüssig werden, sondern wahrscheinlich am Freitag noch einmal zusammentreten, um die Antwort an Deutschland festzulegen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Schwerte, den 29. Oktober 1923.

In der Stadtverordneten-Sitzung am vergangenen Freitag war der Magistrat durch die Herren Bürgermeister Rohrmann und Stadtrat Melchheier; außerdem nahmen die Herren Schlachthofdirektor Dieckerhoff und Stadtbauführer Wohlfahrt teil. Von den 30 Stadtverordneten waren 18 anwesend.

Punkt 1. Haushaltsplan des Schlachthofes für das Rechnungsjahr 1923—24. Der Haushaltsplan ist nach der Magistratsvorlage für Schlacht- und Kühlhaus auf 333 553 119 333 ℳ festgesetzt.

Stadtv. Gorholt bemängelte den niedrigen Satz eines Postens im Etat.

Bürgermeister Rohrmann erwiderte, daß die zu Grunde gelegten Preise durch die Geldentwertung längst überholt seien. Der Haushaltsplan sei nur als ein Rahmenetat anzusehen.

Es erfolgte Genehmigung.

Punkt 2. Gas und Wasserpreis für Oktober. Der Preis für Oktober war vorläufig auf 100 Millionen Mark für einen Kubikmeter Gas und auf 30 Millionen für einen Kubikmeter Wasser festgesetzt. Nach den Beschlüssen des Finanzausschusses und des Magistrats vom 25. Okt. muß der Preis für Gas auf 2,5 Milliarden, für Wasser auf 500 Millionen ℳ erhöht werden.

Bürgermeister Rohrmann erläuterte die Vorlage und wies die Notwendigkeit der Erhöhung an der Hand der mehrfach gestiegenen Kohlenpreise und der Arbeitslöhne nach. An Kohlen seien z. Zt. im Monat 105 Billionen, an Löhnen 5 Billionen ℳ erforderlich. Bei Nichtbewilligung der Vorlage sei eine Schließung der Gasanstalt unvermeidlich.

Stadtbauführer Wohlfahrt ergänzte die Darlegungen und wies darauf hin, daß in der Vorkriegszeit ein Kubikmeter Gas 14 Pfennig gekostet habe. Die Umrechnung dieses Betrages auf die Geldverhältnisse der Gegenwart hinsichtlich des Dollarstandes würde noch eine wesentlich höhere Summe ergeben, wie die Vorlage vorsieht.

Stadtv. Otten wandte sich mit aller Bestimmtheit gegen den Gedanken der Schließung der Gasanstalt. Weitere Volkskreise, welche keine Kohlen hätten, seien auf das Kochen mit Gas angewiesen. Wenn die Gasanstalt infolge ihrer vielleicht unzureichenden Anlage und der häufigen Reparaturen des Rohrnetzes sich nicht aus sich heraus erhalten könne, so müsse sie vorübergehend ein Zuschußbetrieb werden.

Stadtv. Möhle erbat Auskunft über die Art der monatlichen Berechnung.

Stadtbauführer Wohlfahrt erwiderte, daß der Rechnungsmonat vom 20. bis zum 20. des folgenden Monats laufe.

Stadtv. Henschel schilderte die Not der Erwerbslosen und die Unmöglichkeit, die geforderten Sätze zu zahlen.

Stadtv. Kirchhoff wies aus den Verhandlungen der Gas- und Wasserkommission die Notwendigkeit der Erhöhungen nach und wandte sich scharf gegen den Gasverbrauch der Cafés und der Nachtlokale. Für diesen Verbrauch in späteren Stunden möge man Sätze von möglichster Höhe nehmen.

Stadtv. Wilkes entgegnete dem Vorredner, daß bekanntlich in fast allen Lokalen der Stadt elektrisches Licht und kein Gas verbraucht werde.

Die Stadtv. Kemmerling und Möhle baten um Berücksichtigung ärmerer Kreise, gegebenenfalls z. Zt. nicht durchführbar. Im übrigen ten.

Stadtv. Süring fand die Sätze für zu hoch; andere Städte, z. B. Dortmund, hätten niedrigere Sätze.

Stadtbauführer Wohlfahrt wies an einer Reihe von Städten, die bereits wöchentliche Berechnung und Zahlung eingeführt haben, das Gegenteil nach. Im übrigen seien vermehrte Sperrstunden notwendig.

Stadtv. Frl. Ludwig bat im Interesse der Hausfrauen, diese Sperrstunden tunlichst nicht auf den Vormittag zu verlegen.

Stadtv. Körner erbat und erhielt Auskunft über das Verfahren, wenn eine Familie bei Vorzeigung der Rechnung abwesend sei oder nicht sofort zahlen könne.

Stadtv. Wilkes wünschte eine wertbeständige Anlage des Geldes und Betrieb der Gasanstalt nach kaufmännischen Grundsätzen. Dazu sei eine Trennung der Gaskasse von der Stadtkasse notwendig.

Bürgermeister Rohrmann wies auf die Schwierigkeiten hin, welche dadurch der Verwaltung entständen, daß in der Kasse niemals ausreichend Bargeld, geschweige denn Ueberschuß vorhanden sei. Eine vollständige Trennung sei bei dem Geldbedarf der Stadt auf den verschiedensten Gebieten z. Zt. nicht durchführbar. Im übrigen sei die Gasanstalt bereits ein Zuschußbetrieb; denn der heute angeforderte Gaspreis decke noch nicht vollständig die derzeitigen Selbstkosten. Es sei zuzugeben, daß angesichts der wirtschaftlichen Nöte der Gegenwart die Erhöhung vielfach drückend empfunden würde; aber man könne nicht einen niedrigeren Preis einsetzen. Fälle großer Not würden mit möglichstem Wohlwollen der Zahlweise behandelt werden.

Stadtbauführer Wohlfahrt teilte in Ergänzung seiner wiederholten Ausführungen noch mit, daß die Höhe des Wasserpreises auf den erhöhten Forderungen des Wasserwerkes Dortmund, dem das Kreiswasserwerk Hörde bekanntlich angeschlossen ist, beruhe. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß genanntes Werk seinen Preis für Oktober noch und zwar wesentlich erhöhen müsse; in diesem Falle würde der Wasserpreis für unsere Stadt entsprechend höher kommen. (Anmerkung der Redaktion: Wie uns soeben von der städtischen Verwaltung mitgeteilt wird, hat die Dortmunder Wasserwerksgesellschaft inzwischen bedeutend erhöhen müssen.)

Die Vorlage wurde alsdann mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen.

Punkt 3 und 4. Aufnahme von Darlehn und Krediten. Für das Gaswerk, die Stadt und die allgemeine Verwaltung sollen nach der Magistratsvorlage beim Landkreise Hörde und der Regierung Darlehn bezw. Kredite aufgenommen werden. Bürgermeister Rohrmann erläuterte Notwendigkeit und Umfang derselben. Die Vorlage wurde genehmigt und dem Magistrat Vollmacht gegeben.

Punkt 5. Entschädigungsfestsetzung. Der Aushilfskassierer beim städtischen Gas- und Wasser-Werk Reinarz soll auf Privatdienstvertrag mit vierwöchentlicher Kündigung beschäftigt werden und das Anfangsgehalt der Gruppe 3 erhalten.

Das Kollegium war debattelos einverstanden.

Punkt 6. Erhöhung der Wohnungsbauabgabe. Die Vorlage wurde vom Magistrat zurückgezogen, weil die gesetzliche Regelung der Materie in nächster Zeit bevorsteht.

Bürgermeister Rohrmann teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß die Wohnungsbauabgabe in unserer Stadt bisher die Gesamtsumme von noch nicht ganz 10 Millionen Mark eingebracht habe.

Punkt 7. Instandsetzung eines reparaturbedürftigen Hauses. Das Haus der Witwe Tiemann, Märkische Straße 53, soll instandgesetzt werden und zwar wird die Stadt die Arbeitskräfte stellen, während die Materialien durch Hauseigentümer und Mieter des Hauses zu leisten sind. Die Vorlage wurde genehmigt.

Punkt 8. Unterstützung für eine frühere Schulwärterin. Die Witwe Wilz, welche 25 Jahre Schulwärterin der neuen katholischen Kirchschule hierselbst war, soll widerruflich die monatliche Beihilfe auf 500 Mark, vervielfacht mit den jeweiligen Teuerungszuschlägen der Beamtenbesoldung, mit Wirkung vom 1. August an, erhöht werden. Die Mittel wurden bewilligt.

Punkt 9. Verschiedenes. a) **Dringlichkeitsantrag des Magistrats,** die an die Stadt zu zahlenden Anerkennungsgebühren, Kanal- und Baugebühren, Marktstandgebühren und Gebühren für Straßenreinigung nach Goldmarkpreisen zu zahlen.

Der Vorlage wurde nach kurzer Debatte zugestimmt.

b) **Anstellung eines Beamten.** Der Bürogehilfe Josef Fischer soll als Büro-Assistent angestellt werden. Das Kollegium war einverstanden.

Stadtv. Möhle schilderte die unzureichende Beleuchtung des evangel. Krankenhauses und erbat Abhilfe.

Stadtv. Körner bat um Aenderung des Straßenkanals am Senningsweg hinsichtlich seiner Höhenlage.

Zum Schluß gelangte eine Eingabe der sozialdemokratischen Partei, in der verbilligte Milchabgabe für Säuglinge, Kranke und alte Leute sowie kostenlose Abgabe der Mittagskost der Volksküche gefordert werden, zur Verlesung und Verhandlung.

Bürgermeister Rohrmann schilderte eingehend die Notlage der Sozial- und Kleinrentner, der Ortsarmen und Erwerbslosen, der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten unter Darlegung dessen, was bisher für diese Kreise geschehen ist und geschehen konnte auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen. Er betonte die Notwendigkeit weitgehender Fürsorge durch Versorgung mit Milch, Kartoffeln und weiteren Ausbau der Volksküche, in welcher bis jetzt täglich 230 Personen, teils umsonst, teils unter Zahlung eines geringen Zuschusses zu Mittag gespeist werden. Er richtete an alle Beisitzenden die dringende Mahnung, zur Linderung der Not nach Kräften beizusteuern und warnte auf der anderen Seite vor Plünderungen und Ausschreitungen. Alles müsse daran gesetzt werden, um die Nöte der Zeit zu überwinden.

Nach einer längeren Aussprache, an der sich die Stadtverordneten Jöckel, Frl. Ludwig, Kemmerling, Kirchhoff, Möhle, Otten, Scharfe und Süring beteiligten, gelangte ein Antrag Wilkes zur Annahme, dem Finanzausschuß in Verbindung mit den bestehenden Sonderausschüssen für die genannten Kategorien der Notleidenden die Angelegenheit zu übertragen.

Schluß der Sitzung 7.30 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 29. Oktober 1923.

—* **Ab heute** tritt erhöhter Brotpreis für Markenbrot ein.

—* **Eisenbahn-Notgeld.** Es sollte bei der Herstellung von Notgeld von höheren Werten doch darauf gesehen werden, daß dasselbe wenigstens auf gutem Papier und nicht so leicht zum Nachahmen hergestellt wird. Aber am Samstag wurden hier 50 Milliarden-Scheine, herausgegeben von der Unnaer Eisenbahn-Verwaltung, vorgezeigt, die dem obigen Wunsche nicht entsprechen. Druck wie Stempel sind leicht nachzumachen. Trotzdem ersuchen wir die hiesige Geschäftswelt, infolge des Geldmangels dieselben anzunehmen, aber mit dem Bemerken, dieselben sofort bei der hiesigen Eisenbahnverwaltung zum Umtausch vorzulegen. Allerhöchste Zeit ist es übrigens, daß das wertbeständige Geld auch hier zur Ausgabe gelangt, verlangen aber auch, daß es jedermann dann ermöglicht wird, dasselbe zu erwerben. (Also, nicht zurückhalten!)

+ **„Wilhelm Tell"**, Schillers herrliches Meisterwerk, das Hohelied von Vaterlandsliebe und Freiheit, wird gegenwärtig in der „Reichskrone" an die Leinwand geworfen. In sieben großen, meisterhaft angelegten Akten zieht das gewaltige Epos an dem Auge des Beschauers vorüber und, wenn auch das gesprochene Wort fehlt, hinterläßt eine tiefe Wirkung. Die einzelnen Szenen sind von packender, dramatisch belebter Wucht und schildern den heroischen Heldenkampf in all seinen Einzelheiten, daneben Landschaftsbilder von ganz hervorragender Schönheit bietend. Der Schwur auf dem Rütli, Tells Apfelschuß, seine Flucht von dem Schiff usw. sind mit großer Naturtreue dargestellt, all die uns schon aus der Schule her bekannten Gestalten erhalten wieder Leben. In den Hauptrollen sind erste Künstler und Künstlerinnen beschäftigt und verhelfen dem gewaltigen Werke zu einer einwandfreien Wiedergabe. Das Haus war vollständig ausverkauft und stand ganz im Banne der erschütternden Handlung. Man kann der Leitung der „Reichskrone" nur dankbar sein, daß sie trotz der fast unerschwinglichen Unkosten das Aufführungsrecht für den Film, der bekanntlich im besetzten Gebiet verboten ist, erworben hat. Möge die eindringliche, so recht in unsere Zeit passende Mahnung des Dichters „Seid einig" auf fruchtbaren Boden gefallen sein, möge aber auch dem deutschen Volke recht bald ein Tell erstehen, der es aus den Klauen des „Geßlers" Poincaré befreit. — Der Film läuft noch heute abend und ist ein Besuch der Vorführung, die sich auch vor allem für unsere Jugend eignet, nur bestens zu empfehlen. Für die Kinder finden heute nachmittag 2 und 4 Uhr obige Vorführungen ebenfalls statt. (S. Inserat in der heutigen Nummer.)

—* **Der Dortmunder „Generalanzeiger"** ist von der Besatzungsbehörde auf acht Tage verboten worden und zwar wegen des Artikels „Die Kanzlerrede in Hagen".

—* **Von Samstag ab neues Geld.** Wie aus Berlin gemeldet wird, sind gestern die ersten Zwischenscheine der Goldanleihe, lautend über einen halben, einen viertel und einen zehntel Dollar in Verkehr zugestellt worden.

— **Neue Eisenbahntarife.** Von Montag, den 29. Oktober, ab werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr sechs Milliarden, im Güterverkehr zwölf Milliarden betragen.

— **Verdoppelung der Posttarife.** Unter dem Zwange der Geldentwertung hat die Postverwaltung die zum 1. November festgesetzten Gebühren für Briefsendungen und Pakete des Inlandverkehrs verdoppeln müssen. Der einfache Fernbrief kostet sonach vom 1. November ab 100 Millionen Mark, die Fernpostkarte 40 Millionen ℳ. Weitere, voraussichtlich sehr beträchtliche Erhöhungen stehen zum 5. November bevor.

* **Berghofen.** Die Mutterberatungsstunden müssen leider wegen Kohlenmangel einstweilen ausfallen. Der Termin des Wiederbeginns wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Aplerbeck, 27. Okt. Das französische Militärpolizeigericht in Witten verurteilte und anderen den Schuhmacher Klug aus Schüren, weil er bei einer Haussuchung im Besitze einer geladenen Mauserpistole sowie eines Revolvers betroffen worden war. Er wurde mit einem Monat Gefängnis und zehn Goldmark bestraft. Der Arbeiter Becker aus Aplerbeck hatte in betrunkenem Zustande Beleidigungen und Bedrohungen gegen Angehörige der Besatzungstruppen ausgestoßen. Er wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Bochum. Scheckschwindler. Hier verhaftete die Kriminalpolizei einen aus Hagen stammenden 22 Jahre alten Scheckschwindler, weil er fortgesetzt Schecks in Milliardenbeträgen in Zahlung gegeben hat für die auf den einzelnen Banken in Hagen und Bochum keine Deckung vorhanden war. Der Betrüger hat sich ständig eines Mietautomobils bedient, in besseren Hotels gewohnt und auf großem Fuße gelebt.

Wirtschaftszahlen für das Reich:

Reichsbankgoldindex: eine Goldmark am 27. 10. 15 476 190 000 Papiermark (errechnet nach dem Mittelkurs der Reichsbank).	
Silberankaufspreis ab 22. 10.	1 000 000 000
Reichslebenshaltungsindex vom 22. 10.	3 045 000 000
Reichsbankdiskont ab 8. 10.	90
Umrechnungskurs für die Landabgabe für je 1 Goldmark ab 17.—19. 10.	
Hotels- und Bäderindex	2 000 000 000
Buchhändlerschlüsselzahl	16 000 000 000
Buchdruckergewerbeschlüsselzahl ab 27.10.	700 000 000
Verein deutscher Zeitungsverleger-Schlüsselzahl für den November-Postbezugspreis	3,300
Anzeigenschlüsselpreis vom 27. 10.	18 000 000
Großhandelsindex ab 23. 10.	14 600 000 000
(gegen die Vorwoche um 1273 % gestiegen)	
Personen- und Gepäckverkehrsindex ab 29. Oktober	6 000 000 000
Güterverkehrsindex ab 29. 10.	12 000 000 000
Lohnmeßzahl der Reichsarbeiter	10 000 000
Multiplikator für das Bankgewerbe, Gehaltsindex für die laufende Woche	
Nahrungsmittelaufwand nach Calwer	
Postkarte im Ortsverkehr	2 000 000
Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm	4 000 000
Fernpostkarte	4 000 000
Fernbrief bis zu 20 Gramm	10 000 000
für Schwerte:	
Inderziffer f. Schornsteinfegergebühren	**3 045 000 000**
Gaspreis pro cbm 2. Hälfte Oktober	2 500 000 000
Wasserpreis pro cbm 2. Hälfte Oktober	
Bezugspreis der Schwerter Zeitung für die Woche vom 29. Okt.—3. Nov.	4 000 000 000
Krankenkasse ab 24. 10.	**1 600 000 000**

Die Leiden der Stadt Buer.

(Schluß)

Ein weiteres Blutopfer forderte eine belgische Kugel in der Essener Straße. Eine belgische Patrouille, die aus dem „Schlachtfeld" kam, schoß die Königgrätzerstraße entlang. Die Kugel schlug durch das Schaufenster des Friseurs Grundmann an der Essener Straße und drang einem Kostgänger durch den Oberschenkel. Infolge der Sperre war es unmöglich, dem Schwerverwundeten ärztliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Aerzte, Geistliche, Hebammen usw., die nachts auf die Straße müssen, müssen nachts mit hochgehobenen Händen durch die Straßen gehen und auf Anruf sofort stehen bleiben. Nur die strengste Beobachtung all dieser Vorschriften kann weitere Blutopfer verhindern.

Ein Buerscher Arzt, der in der Nacht zu einem Schwerkranken gerufen wurde, fiel auf diesem Gange einer belgischen Patrouille in die Hände und wurde, obwohl er sich im Besitze eines Ausweises der Kommandantur befand, derartig schwer mißhandelt, daß er den Krankenbesuch nicht ausführen konnte, da er die Hilfe eines Kollegen in Anspruch nehmen mußte. Die Blutopfer mußten in aller Stille beigesetzt werden. Kaum waren indessen die ersten Toten zu Grabe getragen, da fielen schon wieder neue Unglückliche dem Blutrausch der Soldateska zum Opfer.

In dem Buer benachbarten Ort Herten wurde in der gleichen Nacht ein Bergmann, der mit mehreren Arbeitskollegen plaudernd vor einer Wirtschaft stand, von einer belgischen Patrouille auf der Stelle erschossen, ein anderer Bergmann durch einen Schulterschuß schwer verletzt.

Diese schweren Bluttaten sind indessen nur ein kleiner Ausschnitt aus all den Leiden und Drangsalierungen, denen die Bevölkerung in jenen Tagen ausgesetzt war. Zu vielen Dutzenden wurden Gefangene eingebracht, lange Tage unter unwürdigsten Verhältnissen eingesperrt, immer wieder und wieder aufs neue mißhandelt, sodaß manche von ihnen dauernde Schäden an Leib und Seele davongetragen haben. Ungefähr ein halbes Dutzend Fälle sind bekannt, in denen Gefangenen von ihren vertierten Peinigern ein Auge ausgeschlagen wurde. Aus begreiflichen Gründen muß, solange das Damoklesschwert weiterer Peinigungen über den Mißhandelten und den vorhandenen Zeugen schwebt, von einer Veröffentlichung der Namen und der schreckensvollen Einzelheiten abgesehen werden. Stadtrat Schlossier, der wegen des Einspruchs gegen die verhängten Strafen verhaftet war, mußte infolge der unwürdigen Behandlung, die er eine Woche lang im Gefängnis zu Sterkrade auszustehen hatte, nach seiner Freilassung mehrere Wochen schwerkrank das Bett hüten.

Oberst Dinoire und seine Soldateska.

Wer den Kommandanten der Stadt Buer, Oberst Dinoire, einmal kennen gelernt hat, wundert sich über all die Geschehnisse keineswegs. Für die moralische Einstellung seiner Offiziere ist folgender verbürgter Vorfall bezeichnend: Ein belgisches Auto, das an diesem Abend die Leiche eines erschossenen Deutschen fortfuhr, wurde von angetrunkenen belgischen Offizieren angehalten. Als sie von den Begleitmannschaften erfuhren, welch traurige Last das Fahrzeug berge, führten die entmenschten Geistesverwandten Dinoires einen Freudentanz um das Auto auf.

Als seinerzeit der Papst in seinem bekannten Brief Frankreich zur Mäßigung ermahnte, hatte Herr Dinoire stundenlange Auseinandersetzungen mit dem Militärgeistlichen. Er äußerte sich in diesem Zusammenhange: „Die Deutschen werden alles bezahlen, trotz England, trotz Frankreich und auch trotz des Papstes!" Wortbrüche sind bei ihm keineswegs verwunderlich, so versprach er zunächst bei Eintritt der Sperre, den Lebensmitteltransport durch die Straßenbahn zuzulassen. Er zog aber bald die gegebene Erlaubnis wieder zurück, denn der von ihm als Bürgermeister eingesetzte Stadtrat Freibüter sei ein so großer Schweinehund, daß die ganze Bevölkerung dafür bestraft werden müsse. Daß der Herr Oberst von der Bevölkerung nur als von den „sales boches" spricht, verwundert nicht. Den Gipfelpunkt der Gemütsroheit erklomm Herr Dinoire allerdings wohl, als er die Klage über die zahlreichen Erschießungen mit der Bemerkung beantwortete, es seien noch viel zu wenig Deutsche erschossen worden.

Und solch einem „Menschen" ist eine Bevölkerung von mehr als 100 000 Seelen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Die Belgier auf der Menschenjagd.

Mit Entsetzen beobachtete während all der Abende die Bevölkerung, wie die belgischen Patrouillen ihre teuflische Jagd auf Menschen veranstalteten. Niemals sah man Offizier-Patrouillen. Die aufgehetzten Unteroffiziere und Mannschaften waren vollständig sich selbst überlassen. Wie Spürhunde auf der Fährte schlichen sie an den Häusern vorbei, durch die Straßengräben, von Ecke zu Ecke, versteckten sich in Hausfluren, versuchten die Leute durch Pfeifen auf die Straße zu locken, um Gelegenheit zum Eingreifen zu bekommen. Kamen in die Höfe, durchsuchten die Ställe und Aborte und achteten auf jedes erleuchtete Fenster. Wehe dem Unvorsichtigen, den sie erwischten. Dann war Haltrufen und Schießen nur eins. Täglich neue Verhaftungen, Haussuchungen und Schikanen. Jeden Abend rollte das Lastauto mit neuen unglücklichen Opfern nach Sterkrade. Täglich wurden neue Verhaftungen und Haussuchungen vorgenommen, neue Schikanen erdacht. An einem Bahnübergang wurden die Passanten gezwungen, den 10 Meter hohen Viadukt auf primitiven Stufen emporzuklettern, um oben im Stellwerk ihren Paß vorzuzeigen. Auch die Fahrräder mußten mit hinaufgeschleift werden. Greise und schwangere Frauen bleiben von diesen Quälereien nicht verschont. Frauen, die beim Vorzeigen des Passes keinen Knicks machten, Männer, die nicht den Hut abnahmen, wurden von der brutalen Horde mißhandelt. Hunderte von Einwohnern gibt es, die aus irgend einem Grunde oder auch ohne Grund mit der Besatzung in Berührung kamen und dann auf den Wachtstuben oder in den Gefängniszellen mit Kolben, Reitpeitschen oder den Fäusten jämmerlich mißhandelt wurden. Empörend ist die Frechheit gegenüber Frauen. Unzüchtige Berührungen und Leibesvisitationen sind an der Tagesordnung. Festgenommene, die einer Patrouille in die Finger fielen, mußten die Patrouille mit hocherhobenen Händen bis zur Ablösung begleiten. Sanken vor Ermattung und Elend die Hände herunter, dann setzten sofort neue Mißhandlungen ein. Erschöpft wurden die Unglücklichen auf der Wache abgeliefert, wo dann erst das richtige Martyrium einsetzte.

Und in Gladbeck?

Buers Schwesterstadt Gladbeck wird von ihrem Kommandanten, Oberst Moulin, in gleicher Weise drangsaliert. Die Zahl der Mißhandlungen geht ins Ungemessene. Am Abend des 1. Juli drang Moulin mit einem Schwarm von Offizieren und Mannschaften in die „Schauburg" ein. Dem Beispiel des Kommandanten folgend, fielen die Offiziere und Mannschaften mit Reitpeitschen über das Konzertpublikum her und prügelten es zum Saal heraus. Herr Moulin ließ seinen Tatendrang an den Musikern und ihren Instrumenten aus. Aus der reichen Materialfülle von Gladbecker Untaten seien nur einige Fälle aufgeführt:

In einem Hause in der Rentforterstraße wurden die Türen erbrochen, ein gutes halbes Dutzend Personen mißhandelt, verhaftet und mit zur Wache genommen.

Maurer R. wurde von einer Radfahrerpatrouille derartig mißhandelt, daß er von vier anderen Deutschen schwer verletzt nach Hause getragen werden mußte.

Bergmann M. und zwei Kostgänger wurden verhaftet, auf Zeche Wilhelm in einen Waggon gesperrt und mit Gummiknüppeln derartig mißhandelt, daß er schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft werden mußte; es ist zweifelhaft ob er wieder arbeitsfähig werden wird.

Bergmann T. wurde vor der Haustür festgenommen, mißhandelt und gezwungen, auf der Wache Klosetts und Abzugsgräben mit den Händen zu reinigen.

Dem Bergmann K. wurde ein Fahrrad abgenommen.

Bergmann H. wurde einer Brieftasche mit 240 000 Mark in bar beraubt.

Polier B. wurde von einer Patrouille auf Befehl eines Offiziers mißhandelt: die Schläuche seines Fahrrades wurden durchgeschnitten.

Bergmann F. und 6 weitere Bergleute wurden festgenommen, zur Wache gebracht und schwer mißhandelt.

Bergmann L. wurde von einer Patrouille angehalten, mißhandelt und beraubt. Es wurden ihm Wertgegenstände im Werte von 150 000 M. abgenommen.

Techniker W. wurde mißhandelt. Seine Uhr wurde ihm abgenommen.

Bauführer T. wurde schwer mißhandelt.

Beim Bergmann B. war man in die Wohnung eingedrungen. Er wurde schwer mißhandelt. In der Wohnung wurden für mehrere Millionen Mark Wertgegenstände zertrümmert.

Bergmann M. und Musiker H. wurden mißhandelt und beraubt. Dem R. wurden für 350 000 M. und H. für 400 000 M. Wertgegenstände abgenommen.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus vorliegenden zeugeneidlichen Aussagen.

Anzeigenpreise ab 27. Oktober:

Die Grundpreise betragen:

Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80.— „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl

(ab 27. Oktober 18 000 000)

zu vervielfältigen.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung B Nr. 17 ist heute bei der Firma „Buchdruckerei Saatmann G m b. H zu Schwerte (Ruhr)" folgendes eingetragen:

Die Firma ist geändert in „Saatmann und Bertram, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Schwerte." Das Stammkapital beträgt 6 500 000 Mark. Hermann Bertram ist zum weiteren Geschäftsführer ernannt. Der abgeänderte Gesellschaftsvertrag ist am 3. Oktober 1923 festgestellt. Die Geschäftsführer Kaufmann Carl Saatmann und Buchdruckereibesitzer Hermann Bertram, beide zu Schwerte, sind berechtigt, die Firma allein zu zeichnen. Sie zeichnen die Firma, indem sie dem Firmenstempel ihre Namensunterschrift beifügen. Im Behinderungsfalle ist jeder der zwei anderen Gesellschafter berechtigt, in Vertretung die Firma zu zeichnen. Die Gesellschaft soll unter der neuen Firma bis zum 31. Dezember 1928 fortgesetzt werden mit der Maßgabe, daß sie sich von da ab jedesmal um ein weiteres Jahr stillschweigend verlängert, wenn nicht ein halbes Jahr vorher mit Stimmenmehrheit die Auflösung beschlossen worden ist. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. 3237

Schwerte, den 23. Oktober 1923.

Das Amtsgericht.

Zigarettenfabrik „Assuan"

liefert ihre beliebten Marken:

„Privat" (m. G., K., o. M.)

„El-Abis" (m. G., K., o. M.)

an Wiederverkäufer und Wirte zu billigsten Preisen

ab Fabriklager Schwerte!

Generalvertreter H. Westenberger

Telefon 399 am Markt

Bekanntmachung.

Es liegt Veranlassung vor, darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Polizeiverordnung des Herrn Reg.-Präsidenten vom 26. Juli 1919 Amtsblatt S. 260 im Reg.-Bezirk Arnsberg alles zum Schlachten bestimmte Rindvieh im Alter von 3 Monaten und darüber auch dann in allen Fällen vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung unterliegt, wenn das Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers zum Genuß für Menschen verwendet werden soll

Rindvieh im Alter bis zu 3 Monaten, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde und Hunde unterliegen obiger Untersuchung, wenn das Fleisch in mehr als einem Haushalte zum Genuß für Menschen verwendet werden soll, in dem Haushalte mehr als vier nicht zur Familie oder zum Gesinde des Besitzers gehörige Kostgänger regelmäßig beköstigt werden oder die Schlachtung zum Zwecke der Bewirtung eines die Zahl der sonst zum Haushalt gehörigen Mitglieder erheblich übersteigenden Kreises von Personen, z. B. bei größeren Festlichkeiten erfolgt.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß alle getöteten Schweine und Wildschweine, auch die nur für den eigenen Haushalt bestimmten, in jedem Falle der Untersuchung auf Trichinen unterliegen

Außerachtlassung dieser Bestimmungen wird in Zukunft mit erheblichen Polizeistrafen geahndet werden 3238

Hörde, den 26. Oktober 1923.

Der Landrat.

Bekanntmachung betr. Mietszuschläge.

Durch Anordnung des Herrn Verbandspräsidenten des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk in Essen vom 23 Oktober 1923 W. VI. a. 4423 sind folgende Mietszuschläge für den Ruhrkohlenbezirk vom 1. November ds. Js. ab festgesetzt:

für Zinsensteigerung	100 %
für Verwaltungskosten	1 110 000 000 %
für laufende Instandsetzungsarbeiten	7 400 000 000 %
also insgesamt zur Grundmiete.	8 510 000 100 %

Diese Sätze gelten vom 1. November ab für Landkreis Hörde als gesetzliche Mietszuschläge.

Hierzu kann das Mietseinigungsamt für gewerbliche Räume einen Sonderzuschlag

zu den Verwaltungskosten von 277 500 000 %

zu den laufenden Instandsetzungsarbeiten von 1 850 000 000 %

gewähren.

Ich weise ferner darauf hin, daß gemäß § 1 der Ausführungsverordnung vom 25. September 1923 zum Mieterschutzgesetz in den Fällen, in denen die gesetzliche Miete gilt, Vermieter wie Mieter berechtigt sind zu verlangen, daß der Mietszins in Monatsabschnitten gezahlt wird, auch wenn bis dahin eine andere Zahlungsweise vereinbart war.

Hörde, den 27 Oktober 1923 3239

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. A.: gez. Möhring.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 28 v Mts. wird abweichend von der bisherigen Berechnungs- und Einziehungsart der Wasseroverbrauch auch für unsere **Kleinabnehmer** bis auf weiteres ebenfalls monatlich berechnet und zwar 3243

a) schätzungsweise mit je 1/3 der bisherigen Vierteljahrsverbrauchsmenge für die ersten beiden Monate im Vierteljahr,

b) mit der noch verbleibenden rückständigen Liefermenge auf Grund der regelmäßigen vierteljährlichen Messerablesung im letzten Vierteljahrsmonat.

Die Wassergeldrechnungen sind sofort bei Vorzeigung in bar an den Gelderheber zu zahlen oder an unsere Kasse in Dortmund, Hagenstraße 1 (geöffnet von 8—12 Uhr) 2 Tage nach Zustellung der Rechnung.

Der unterm 31. 10. 23 zur Berechnung kommende Wasserpreis beträgt

860 Millionen Mark je Kubikmeter.

Dortmund, den 29 Oktober 1923.

Dortmunder Wasserwerks-Gesellschaft m. b. H.

Landwirte!

Wir suchen für unser Personal Karlosseln gegen Umtausch von Düngergabeln, Eimern, Milchtransportkannen etc. 3236

Jul. Aschermann, Akt.-Ges.,

Schwerte (Ruhr) Telefon 173

Saalofen

ca. 3 Meter hoch, gegen Zimmerofen zu vertauschen oder zu verkaufen.

Lichtspiele zur Reichskrone 3242

Lichtspiele „Zur Reichskrone"

Heute nachmittag **2 große Kindervorstellungen** um 2 und um 4 Uhr. Es gelangen zur Vorführung die Filme **„Wilhelm Tell"** und **Fix und Fax.** Eintrittspreise wie folgt: Balkon 500 Millionen, Saalplatz 300 Millionen

Zu verkaufen:

4 Eschenstämme

Zu erfragen in der Geschäftsstelle

Trauerbriefe

liefert schnellstens

Buchdruckerei C. Braus

Technikum Lemgo

(Lippe)

Höhere technische Lehranstalt Staatskommissar.

Lichtspiele Zur Reichskrone

Heute Montag zum letzten Male:

Wilhelm Tell!

und

das originelle Lustspiel

Fix und Fax!

„Verlangen Sie stets Original 1/2-Pfd.-Pakete"



Wir halten fest an unserm Schwur und trinken **Kikuth-Kaffee** *nur*

20 % Bohnen-Kaffee rote Packung	30 % Edel-Mischung grüne Packung	40 % Bohnen-Kaffee blaue Packung